

Europa ein solidarischer und verantwortlicher Partner für die Welt

Im Januar 2009 trafen sich die katholischen Verbände in der Diözese Rottenburg-Stuttgart zum Tag der Verbände und diskutierten über die Zukunft der Europäischen Union. Gewürdigt wurden die Entwicklungen der Europäischen Union (EU) seit den Römischen Verträgen im Jahr 1957. Mit dem Vertrag von Lissabon (2007) stehen die Organe der EU vor neuen globalen Herausforderungen. Die Diskussion fassen wir in folgenden Forderungen zusammen:

- Der Vertrag von Lissabon wurde mit vielen Kompromissen und erheblichen Schwächen parlamentarisch beschlossen, aber noch nicht überall ratifiziert. Wir fordern das europäische Parlament und die Regierungschefs auf, den Vertrag von Lissabon mit Beteiligung der Bürger Europas transparent weiterzuentwickeln und zu verbessern.
- Die europäischen Werte und die Grundrechtecharta müssen einklagbare Prüfkriterien für das Handeln der EU - Politik werden. Das bedeutet, dass die Entscheidungen den Menschen dienen müssen. Wir fordern ein soziales und gerechtes Europa, das im globalen Wettbewerb vorbildlich handelt.
- Das Handeln der EU muss sich an der Option für die Armen orientieren. Deshalb dürfen die politischen Entscheidungen keine weiteren Flüchtlingswellen erzeugen. Das vorrangige Ziel muss der Abbau der Armut in Europa und der Welt sein. In der aktuellen Situation benötigen wir eine verantwortliche europäische Asyl- und Einwanderungspolitik.
- Die Europäische Union muss im wirtschaftlichen Handeln soziale und gerechte Regeln für den globalen Welt- und Finanzmarkt erarbeiten. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf für ein europäisches Sozialmodell, das die Wirtschaft zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zwingt, das Bildung für alle ermöglicht und eine Steuergerechtigkeit schafft.
- Das Ziel der EU ist, den Frieden auf der Welt zu fördern. In Anbetracht der großen Erfahrungen in zivilen Konfliktlösungen muss dieser Bereich ausgebaut werden. Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss sich an den europäischen Wurzeln im Jahr 1946 orientieren. Das bedeutet eine konsequente Verpflichtung zum Frieden, zur Versöhnung, zur Abrüstung und zur Völkerverständigung.
- Die Klimakatastrophe fordert von der EU eine Politik, die sich nachhaltig an der Bewahrung der Schöpfung orientiert. Der Ausbau von Atomkraftwerken muss gestoppt und die Nutzung von Atomenergie abgebaut werden. Erneuerbare und regenerative Energiequellen, die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung usw. müssen in der EU gefördert und ausgebaut werden.
- Das Europa der Zukunft braucht eine europäische Zivilgesellschaft. Es benötigt Bürger, die sich mit Zivilcourage gegen neue Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in den europäischen Ländern stellen.

Die katholischen Verbände in der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände (ako) rufen die Kirche und die Verbände auf, zusammen mit den neuen Sozial- und Bürgerbewegungen sich in die europäische Politik einzumischen. Die Bürger in Deutschland sind zur **Europawahl am 07. Juni 2009** und zur **Bundestagswahl am 27. September 2009** aufgerufen. Beide Wahlen sind entscheidend für die europäische Politik und fordern zu einem mutigen Kreuz auf den Wahlzetteln im oben beschriebenen Sinn auf. Das Wahlrecht ist auch eine Bürgerpflicht!!!